

Presseinformation

339/10

Kiel, 4. November 2010

Ellen Streitbürger zum Gastschulabkommen: „Lösungsorientiertes Arbeiten sieht anders aus!“

Kiel/Hamburg. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert die Landesregierung auf, den Streit mit Hamburg um das Gastschulabkommen möglichst zügig zu beenden. DIE LINKE unterstützt den Vorschlag des Hamburger Senates, nach Absprache mit den kommunalen Schulträgern in Schleswig-Holstein eine Beschulung in Hamburg zuzulassen. Minister Klug dagegen will allen Schülerinnen und Schülern bis auf wenige Ausnahmefälle den Zugang zu Hamburger Schulen verwehren. „Minister Klug betreibt bürokratische Kleinstaaterei“, sagt Ellen Streitbürger, bildungspolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion. „Wir wollen, dass im Interesse der Betroffenen eine möglichst freie Schulwahl stattfinden kann. Minister Klug dagegen sucht nach immer neuen Ausreden, um auf Kosten der Betroffenen die Verhandlungen in die Länge zu ziehen.“

Die Behauptung des Ministers, die Verhandlungen seien deshalb noch nicht zum Abschluss gekommen, weil Hamburg überraschend eine andere Position eingenommen habe, sei eine Schutzbehauptung. „Schon Ende Juni hat der Hamburger Schulstaatsrat auf einer Veranstaltung bekanntgegeben, dass Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein in Hamburg willkommen sind“, so Streitbürger. „Neu ist an der Hamburger Position nichts. Der Minister sollte aufhören, ständig neue Ausreden für sein Nichtstun zu finden und endlich im Sinne der Betroffenen zu handeln.“

Die Weigerung der Regierungsfractionen, eine gemeinsame Sitzung mit dem Hamburger Bildungsausschuss durchzuführen zeigt, dass Schwarz-Gelb wenig Interesse daran hat, die Verhandlungen voran zu bringen. „Lösungsorientiertes Arbeiten sieht anders aus!“